Sammelbesprechung

Hochschulpolitische Reformprozesse aus akteursorientierten Perspektiven – Aktuelle empirische Beiträge aus der Hochschul- und Wissenschaftsforschung

Kristina Binner / Bettina Kubicek / Anja Rozwandowicz / Lena Weber, Hrsg., Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot 2013, 289 S., br., 29,90 €

Jörg Bogumil / Martin Burgi / Rolf G. Heinze / Sascha Gerber / Ilse-Dore Gräf / Linda Jochheim / Maren Schickentanz / Manfred Wannöffel, Modernisierung der Universitäten. Umsetzungsstand und Wirkungen neuer Steuerungsinstrumente. Berlin: Sigma 2013, 251 S., kt., 18,90 €

Christian Kehrt, Mit Molekülen spielen. Wissenschaftskulturen der Nanotechnologie zwischen Politik und Medien. Bielefeld: transcript 2016, 276 S., kt., 39,99 €

Hristina Markova, Exzellenz durch Wettbewerb und Autonomie? Deutungsmuster hochschulpolitischer Eliten am Beispiel der Exzellenzinitiative. Konstanz/München: UVK 2013, 315 S., kt., 39,00 €

Hildegard Matthies / Dagmar Simon / Marc Torka, Hrsg., Die Responsivität der Wissenschaft. Wissenschaftliches Handeln in Zeiten neuer Wissenschaftspolitik. Bielefeld: transcript 2015, 268 S., br., 29,99 €

Nicolas Winterhager, Drittmittelwettbewerb im universitären Forschungssektor. Wiesbaden: Springer VS 2015, 271 S., br., 39,99 €

Besprochen von **Ariadne Sondermann, M.A.:** Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Bremen, Socium, E-Mail: ariadne.sondermann@uni-bremen.de und **Melike Janßen, M Sc.:** Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Bremen, Socium, E-Mail: m.janssen@uni-bremen.de

DOI 10.1515/srsr-2017-0029

Schlüsselwörter: empirische Hochschulforschung, New Public Management, Wissenschaftssoziologie

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

Das deutsche Hochschulsystem hat seit Beginn der 1990er Jahre grundlegende Reformprozesse erlebt. Universitäten gehören seither zu jenen Institutionen des öffentlichen Sektors, auf die Prinzipien des New Public Management (NPM) übertragen wurden. Im Sinne des Reformleitbildes des NPM sollen sie nun als verstärkt autonom handelnde Akteure (vgl. Meier, 2009) Forschung und Lehre an den Prinzipien von Wettbewerb und Effizienz ausrichten. Für diese Entwicklung stehen neue Steuerungs- und Controllinginstrumente wie die leistungsorientierte Mittelvergabe, aber auch Kriterien wie Drittmittel oder Absolventenzahlen, anhand derer die Leistungen gemessen und bewertet werden. In diesem Kontext spielt ebenfalls das Ziel einer größeren Chancengleichheit eine Rolle, das sich sowohl in der hochschulpolitischen Semantik von Gender Mainstreaming und Diversity als auch in konkreten Kennzahlen wiederfindet.

Diese universitären Reformprozesse sind seit längerem Gegenstand der Hochschul- und Wissenschaftsforschung und werden in unterschiedlicher, teils weitreichender Weise gedeutet: Als Ausdruck eines akademischen Kapitalismus (vgl. Münch, 2011), einer engeren Kopplung zwischen der Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik, Wirtschaft oder Medien (vgl. Weingart, 2001) oder eines Wandels der Governance-Regime vom klassischen Selbstverwaltungsmodell zum am NPM orientierten Managementmodell (vgl. Schimank, 2002).

Die folgenden Publikationen können als Versuch verstanden werden, solche Diagnosen hinsichtlich ihrer empirischen Reichweite zu überprüfen. Auch wenn sie sich an unterschiedlichen theoretischen Richtungen respektive Forschungsparadigmen orientieren, eint sie gewissermaßen das Ziel, die universitären Wandlungsprozesse stärker in Relation zu den beteiligten Akteur/innen und deren Handlungsstrategien, Rollenverständnissen oder Deutungsmustern zu untersuchen.

Jörg Bogumil, Martin Burgi, Rolf G. Heinze und weitere Autor/innen betrachten die Universitätsreformen in ihrem 2013 von edition sigma herausgegebenen Band „*Modernisierung der Universitäten. Umsetzungsstand und Wirkungen neuer Steuerungsinstrumente*“ aus der Governance-Perspektive. Dabei gehen sie von Ergebnissen einer breit angelegten empirischen Evaluation der Implementierung verschiedener neuer Steuerungsinstrumente an deutschen Universitäten sowie von deren Wirkungen auf die Performanz und die Partizipations- und Mitbestimmungskulturen aus. Die Datenbasis setzt sich aus einer standardisierten, bundesweiten Fragebogenerhebung sowie zwei Einzelfallstudien zusammen, die an zwei Universitäten in Nordrhein-Westfalen und Bayern mit Hilfe leitfadengestützter Experteninterviews durchgeführt wurden. Mit der Kombination quantitativer und qualitativer Methoden folgen die Autor/innen der neoinstitutionalistischen Prämisse einer möglichen Entkopplung zwischen Formal- und Aktivitätsstruktur. Da

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

Universitäten „als Arenen mikropolitischer Aushandlungs- und Verhandlungsprozesse“ (17) verstanden werden müssten, an denen unterschiedliche Akteursgruppen beteiligt seien, lasse sich die tatsächliche Reichweite der sich vollziehenden Reformprozesse nicht allein auf Basis der formalen Implementierung von Steuerungsinstrumenten beurteilen.

Das Ziel der Studie besteht somit in einer differenzierten Perspektive auf den universitären Modernisierungsprozess, bei der auch mögliche Konflikte und „Machtspiele der Akteure“ (18) berücksichtigt werden. Damit soll wesentlich zur Klärung der Frage beigetragen werden, inwieweit sich die bereits erwähnte Transformation der Governance-Regime vom Selbstverwaltungs- zum Managementmodell empirisch bestätigen lässt. Die Darstellung der Ergebnisse orientiert sich entsprechend an Veränderungen in den zentralen Governance-Mechanismen des Wettbewerbs, der zielbezogenen Außensteuerung, der staatlichen Regulierung, der akademischen Selbstorganisation und der hierarchisch-administrativen Selbststeuerung.

Bogumil et al. geben zunächst einen Überblick über zentrale neue Steuerungsinstrumente und in den Landeshochschulgesetzen verankerte rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen, die sich an dem Leitbild des NPM orientieren. Auf Basis der quantitativen Befragung, die mit Rektoren, Kanzlern, Hochschulratsmitgliedern, Personalratsvorsitzenden sowie einer Stichprobe von 2500 Universitätsprofessor/innen durchgeführt wurde, kommen die Autor/innen zu dem Ergebnis, dass an den Universitäten eine „massive Implementierung neuer Steuerungsinstrumente“ (77) stattgefunden habe. Hierdurch seien die Wettbewerbselemente und die Kompetenzen der Hochschulleitungen ausgebaut worden. Ungeachtet dessen zeigten sich jedoch überwiegend hybride Governance-Strukturen zwischen den Idealtypen des Selbstverwaltungs- und Managementmodells. Die nachweisbare Stärkung der hierarchisch-administrativen Selbststeuerung gehe zwar mit einer Schwächung der akademischen Selbstorganisation, nicht aber mit einem Rückzug oder Funktionsverlust des Staates einher. Da dieser durch Steuerungsinstrumente wie Zielvereinbarungen oder die leistungsorientierte Mittelverteilung der Länder neue Einflussmöglichkeiten hinzugewonnen habe, stehe letztlich „ein nach wie vor starker Staat neben einer wesentlich gestärkten Universitätsleitung“ (225). Hinsichtlich der Auswirkungen neuer Steuerungsinstrumente auf die Performanz ergibt sich ein sehr ambivalentes Bild. Zum einen zeigen sich Differenzen im Antwortverhalten, indem Angehörige der Hochschulleitungen die Effekte insgesamt höher und positiver als andere Akteursgruppen bewerten. Dies wird insbesondere am Beispiel der W-Besoldung deutlich, die aus Sicht der befragten Kanzler zu einer höheren Leistungs- und Wettbewerbsorientierung führe, in der Einschätzung von Dekanen und w-besoldeten Professor/innen jedoch kaum eine Anreizwirkung entfalten könne. Zum anderen wird ein

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

positiver Einfluss auf die Leistungsorientierung vor allem im Bereich der Forschung und in nur geringerem Maße auch bei der universitären Lehre gesehen.

Interessanter ist der Vergleich zweier Fallstudien, der jenseits solcher vergleichsweise globalen bzw. erwartbaren Aussagen die wichtige Rolle der jeweiligen „Akteurskonstellation in der Hochschulleitung" (228) und mikropolitischer Prozesse verdeutlicht. Obwohl Universitäten aus Bundesländern ausgewählt wurden, deren Hochschulgesetze beide weitgehend dem Idealmodell des NPM entsprechen, zeigen sich hinsichtlich der konkreten Umsetzung der Reformprozesse deutliche Unterschiede: Während man sich an der einen Universität mit einem ganzheitlichen Governance-Konzept an das Management-Modell annähere, fänden an der anderen Universität hingegen nur punktuelle Veränderungen im Sinne einer inkrementellen Reform statt. Als wichtige Erklärung hierfür halten die Autor/innen u. a. fest, dass im ersten Fall ein hierarchischer, gleichzeitig aber auch kooperierender Führungsstil vorherrsche, der die verschiedenen Akteursgruppen einbinde, im zweiten Fall hingegen bereits auf der Leitungsebene „Blockierer" und „Modernisierer" miteinander konkurrierten.

Insgesamt ist die Darstellung der quantitativen wie auch qualitativen Ergebnisse durch eine an einem „Soll-Ist-Vergleich" (13) orientierte evaluative Perspektive bestimmt, bei der die Reformziele grundsätzlich geteilt werden. Dennoch kommen die Autor/innen auch auf einige Probleme einer nach den Maßstäben des NPM eigentlich erfolgreichen Implementierung neuer Steuerungsinstrumente zu sprechen. Neben dem gestiegenen administrativen Aufwand durch neue Formen des Berichtswesens nennen sie hier gerade auch die durch Drittmittel- und Antragsdruck entstehenden „hohen Kosten und Frustrationen" (227), die sie vorsichtig als Ausdruck eines „möglicherweise überzogenen Wettbewerbsstrebens" (ebd.) deuten. Dass sich aus Sicht der Personalräte zudem die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen wie auch die „formalen Mitbestimmungs- und die informellen Partizipationsmöglichkeiten" (230) des akademischen Mittelbaus verschlechtert hätten, lässt weitere Problemfelder der Hochschulreformen erkennbar werden.

Durch die Kombination aus quantitativen und qualitativen Methoden und die Berücksichtigung unterschiedlicher Akteursgruppen bietet die Evaluation einen detaillierten Einblick in die universitären Modernisierungsprozesse. Gerade die Einbeziehung mikropolitischer Prozesse in den beiden Fallstudien stellt eine Stärke dar.

Hristina Markova geht in ihrer 2013 im UVK Verlag erschienenen Dissertation „*Exzellenz durch Wettbewerb und Autonomie?*" hingegen von der Perspektive einer außeruniversitären Akteursgruppe aus, indem sie anhand des Themas der Exzellenzinitiative die handlungsleitenden Deutungsmuster von amtierenden wie auch ehemaligen Minister/innen für Wissenschaft und Forschung sowohl auf

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

Bundes- wie auch Landesebene herausarbeitet. Die Grundlage ihrer qualitativen Studie bilden fünfzehn Interviews, die zwischen 2010 und 2011 geführt wurden.

Markova rahmt die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern dabei zunächst als Beispiel für den sich allgemeiner abzeichnenden hochschulpolitischen Paradigmenwechsel, von dem bisherigen Ziel der Gleichbehandlung deutscher Universitäten zugunsten einer „Verstärkung der Wettbewerbsmechanismen und der Förderung universitärer Autonomie“ (13) abzurücken. Im Anschluss daran zeichnet sie ökonomisierungskritische Gegenwartsdiagnosen nach, gemäß derer sich die Exzellenzinitiative als Folge einer alle gesellschaftlichen Teilbereiche umfassenden Ökonomisierung deuten ließe.

Dahingehend geht es Markova bei ihrer empirischen Analyse nicht allein um die Sichtweisen auf die Exzellenzinitiative, sondern um die Frage, inwieweit sich im hochschulpolitischen Feld neoliberale Deutungen institutionalisieren. Sie wählt hierfür einen sozialkonstruktivistisch-wissenssoziologischen Zugang und versteht unter sozialen Deutungsmustern reproduzierte „Deutungs- und Handlungsregeln, die sozial verfügbar sind und einen gewissen Grad an Legitimität im spezifischen Feld erlangt haben“ (14). Markova geht insofern davon aus, dass die jeweiligen Auslegungen von Begriffen wie Wettbewerb, Leistung, Exzellenz oder Profilierung „eng verbunden mit den geltenden Deutungen hinsichtlich der Rolle des Staates oder der Universität“ (14f.) seien. Anhand einer ersten inhaltsanalytischen Auswertung der fünfzehn Interviews arbeitet sie jeweils fünf zentrale Argumente für bzw. gegen die Exzellenzinitiative als hochschulpolitische Maßnahme heraus. Auf deren Basis werden in einem weiteren Schritt die Begründungs- bzw. sozialen Deutungsmuster der Minister/innen wie auch die diesen zugrunde liegenden Deutungs- und Handlungsregeln des hochschulpolitischen Feldes rekonstruiert.

Die Exzellenzinitiative werde von den hochschulpolitischen Akteur/innen vor allem als ein positiver Impuls für die Universitäten gedeutet, durch den neue Dynamiken entstehen könnten. Markova kann in diesem Kontext ein instrumentelles Wissenschaftsverständnis rekonstruieren, nach dem die Wissenschaft der Wirtschaft respektive Gesellschaft dienen müsse, ohne als eigenständiger Funktionsbereich legitimiert zu sein. Das Prinzip eines stärkeren Wettbewerbs zwischen den Universitäten spiele als Argument ebenfalls eine wichtige Rolle, werde dabei aber keineswegs durchgängig mit einer Leistungssteigerung gleichgesetzt, sondern auch im Sinne einer erzwungenen Anpassung an die Internationalisierung der Wissenschaft und die damit verbundene Notwendigkeit einer internationalen Sichtbarkeit gedeutet.

Entscheidend ist aber vor allem Markovas Ergebnis, dass sich in den Deutungsmustern „die im hochschulpolitischen Feld institutionalisierte Vorstellung eines starken Staates“ (289) widerspiegele, „der imstande ist, die deutschen Hoch-

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

schulen durch gezielte Eingriffe und Anreize in die richtige Richtung zu lenken" (ebd.). Die Exzellenzinitiative stehe gerade nicht stellvertretend für eine neoliberale Ausrichtung, sondern für die „Politisierung" (ebd.) der Wissenschaft. Hier lassen sich Parallelen zu den Befunden von Bogumil et al. bezüglich der weiterhin intendierten Einflussnahme des Staates auf die Universitäten erkennen.

Markovas Argumentation ist schlüssig aufgebaut, auch wenn der extensiven Darstellung der empirischen Befunde eine eindeutigere Zuspitzung gut getan hätte. Etwas irritierend ist zudem die nicht notwendige Quantifizierung der empirischen Befunde, die schon allein aufgrund der geringen Fallzahl wenig überzeugt. Mag eine Differenzierung entsprechend der Parteizugehörigkeit oder des Bundeslandes noch plausibel sein, erscheint die Überprüfung geschlechtsspezifischer Unterschiede in den Deutungs- und Handlungsmustern aufgrund des gewählten Forschungsdesigns aber kaum erfüllbar. Zudem fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit den empirischen Befunden, zu der etwa die Diskussion möglicher Folgen der Exzellenzinitiative für die Wissenschaft resp. die Autonomie von Wissenschaftler/innen gehören könnte.

Nicolas Winterhager geht in seiner 2015 erschienenen Dissertation „*Drittmittelwettbewerb im universitären Forschungssektor*" der Frage nach, welche Folgen der forcierte Drittmittelwettbewerb für die Handlungsweisen von Wissenschaftler/innen aus dem Bereich der universitären Grundlagenforschung hat. Die empirische Basis bilden hierfür 22 Interviews, die er mit Wissenschaftler/innen jeweils zweier Forschergruppen aus der sog. Grünen Technologie und der Mediävistik sowie ergänzend mit Angehörigen der Hochschul- und Fakultätsleitungen geführt hat. Das Ziel von Winterhager ist es, die Strategien nachzuzeichnen, welche in zwei so unterschiedlichen Fachgebieten ergriffen werden, um trotz der gewandelten Bedingungen für die universitäre Forschung weiterhin in dem Reputationswettbewerb der Scientific Community bestehen zu können. Darüber hinaus soll jedoch auch die Relation zwischen Drittmittelwettbewerb und traditionellem Reputationswettbewerb konzeptuell genauer gefasst werden, welche in der Wissenschaftssoziologie bis dato eher vernachlässigt worden sei.

Zunächst stellt Winterhager die quantitative Entwicklung der Drittmittelförderung im Bereich der universitären Forschung seit Mitte der 1990er-Jahre dar. Neben der gestiegenen Abhängigkeit von diesen kompetitiv vergebenen Fördermitteln werden dabei auch Probleme wie etwa die abnehmenden Erfolgsquoten aufgrund der wachsenden Zahl von Anträgen deutlich. Ausgehend von dieser schwierigen oder zumindest ambivalenten Situation für Wissenschaftler/innen zeichnet der Autor in den theoretisch-konzeptionellen Kapiteln die Analogien und Unterschiede des Drittmittelwettbewerbs gegenüber dem Wettbewerb auf Gütermärkten sowie dem wissenschaftlichen Reputationswettbewerb nach, um sodann auf Basis wettbewerbstheoretischer und wissenschaftssoziologischer Arbeiten die

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

erwartbaren Wettbewerbsmaßnahmen im Sinne einer Heuristik für den empirischen Teil der Arbeit zu operationalisieren. Im Kern geht er dabei von der Prämisse aus, dass Anbieter – in diesem Fall: die Wissenschaftler/innen – mit ihren Strategien auf Wettbewerbs*vermeidung* abzielen, um etwa durch die Sicherung von Priorität, die Reduktion der Zahl der Konkurrenten oder die Vermeidung des Verlustrisikos die negativen Folgen des steigenden Wettbewerbs abzumildern.

Die antizipierten Wettbewerbsmaßnahmen bestätigen sich vor allem in den Interviews mit den Wissenschaftler/innen aus der Biotechnologie, die bei ihrer Forschung in hohem Maße von Drittmitteln abhängig sind und sich insofern stärker an ein unternehmerisches Handeln annähern müssen. Durch den Vergleich zweier Forschergruppen kann Winterhager hier auch die Bedeutung von Wettbewerbsvorteilen qua verfügbarer Technologien oder Datensätze aufzeigen: Während Forschergruppen mit solchen Ressourcen ihre Wettbewerbsposition weiter ausbauen könnten, müsse im gegenteiligen Fall auch dann auf Kooperationen und Netzwerke zurückgegriffen werden, wenn dies für die Wissenschaftler/innen mit inhaltlichen Kompromissen verbunden sei.

In Bezug auf die vorangestellte Heuristik sind jedoch nicht zuletzt die Ergebnisse der Interviews mit den Mediävisten interessant, da diese ebenfalls Drittmittel einwerben, *obwohl* es sich in ihrer Disziplin dabei um kein funktionelles Erfordernis für die Forschungsarbeit handelt. Ihr Engagement im Rahmen von Verbundforschung oder Kooperationen mit kulturellen Einrichtungen sei, wie Winterhager mit Bezug auf neoinstitutionalistische Ansätze als ein zentrales Ergebnis festhält, mit dem Motiv der *Legitimation* zu erklären. So werde Drittmitteleinwerbung in der Mediävistik „als Signal an Außenstehende für Wettbewerbsfähigkeit und Rationalität“ (213) genutzt, um die subjektiv wahrgenommene Marginalisierung der Geisteswissenschaften an den Universitäten und in der Öffentlichkeit zu kompensieren. Wissenschaftler/innen begäben sich hier also aktiv in den Drittmittelwettbewerb, um das solidarische Ziel einer größeren Anerkennung der gesamten Fachgemeinschaft zu erreichen.

Insgesamt leidet die Darstellung des empirischen Datenmaterials unter einer recht schematischen ‚Abarbeitung‘ der antizipierten Wettbewerbsmaßnahmen. Ungeachtet dessen kann Winterhager anhand der Interviews mit den Mediävisten eindrücklich zeigen, dass „der subjektiven Konstruktion der Wettbewerbsgruppe ein hoher Erklärungsgehalt für die Reaktionen der Wissenschaftler“ (224) zukommt und Handlungsmodelle, die allein vom Motiv der individuellen oder auf die eigene Arbeitsgruppe bezogenen Nutzenmaximierung ausgehen, an deutliche Grenzen stoßen. Zudem verbindet Winterhager seine empirischen Ergebnisse mit einer Kritik an den absehbaren negativen Folgen eines forcierten Drittmittelwettbewerbs für die Aufdeckungs-, Ordnungs- und Erkundungswirkung des wissenschaftlichen Wettbewerbs. Neben einer zu starken Zentralisierung der Mittel auf

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

wenige Arbeitsgruppen und einer Risikoaversion bei der Wahl von Fragestellungen, nennt Winterhager hier auch Erosionsprozesse auf der Ebene des akademischen Ethos. Die Frage sei insofern, „ob der Status quo nicht bereits ein *gesundes* Verhältnis von Grundfinanzierung zu Drittmittelfinanzierung überschritten hat, welches die Effizienz, Qualität und Produktivität der Forschung insgesamt gesehen eher hemmt als fördert" (237).

Das Verhältnis zwischen Wissenschaftler/innen und wissenschaftspolitisch forcierten Anforderungen ist in einem breiteren Sinne auch Gegenstand des 2015 von Hildegard Matthies, Dagmar Simon und Marc Torka herausgegebenen Sammelbandes „*Responsivität der Wissenschaft. Wissenschaftliches Handeln in Zeiten neuer Wissenschaftspolitik*", in dessen Zentrum empirische Ergebnisse verschiedener Projekte der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) stehen. Die vier exemplarischen Fallstudien fokussieren jeweils die Frage, auf welche Weise sich Wissenschaftler/innen vor dem Hintergrund ihrer jeweils eigenen Orientierungen und Rollenverständnisse wissenschaftspolitisch forcierte Erwartungen und Bewertungsmaßstäbe praktisch und deutend aneignen. Mit dieser stärker von den Akteuren ausgehenden Perspektive verfolgt der Sammelband auch das Ziel, die Reichweite der „zuweilen doch recht eindimensional anmutenden" (8) Diagnosen einer zunehmenden Erosion der Grenzen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zulasten wissenschaftlicher Autonomie empirisch zu überprüfen. Die Beiträge gehen hierzu von dem Arbeitsbegriff der Responsivität aus, der von Mark Torka in einem einleitenden Kapitel theoretisch-konzeptionell näher bestimmt und von David Kaldewey abschließend nochmals kritisch gewürdigt wird.

Torka definiert Responsivität in Anlehnung an das phänomenologische Begriffskonzept von Bernhard Waldenfels (1998) zunächst als „das Antworten auf explizite, implizite, faktisch geäußerte oder auch nur imaginierte Ansprüche, Anfragen oder Anforderungen Anderer" (18), welches ein grundsätzlich breites Spektrum von einem Ignorieren bis hin zu einer Inkorporierung umfassen könne. Die Relation zwischen den wissenschaftlichen Akteur/innen und der Wissenschaftspolitik respektive Gesellschaft werde in dem Sammelband dahingehend als ein „offenes Interaktionsverhältnis" (ebd.) verstanden, anstatt „eine Transformation dieser Beziehung vorab theoretisch anzunehmen oder zu bestreiten" (21). Responsivität wird insofern auch von den Begriffen der Responsibilität und Resonanz abgegrenzt, die auf stärkeren normativen oder theoretischen Prämissen über das Antwortverhalten auf externe Ansprüche beruhten. Torka beendet seinen Beitrag mit drei theoretisch erwartbaren und insofern deduktiv gewonnenen Responsivitätstypen, um die Ergebnisdarstellung in den Fallstudien im Sinne einer gemeinsamen Heuristik zu strukturieren. Neben den dichotomen Typen der *Bewahrung* und *Neuausrichtung*, bei denen eine Verteidigung wissenschaftsimma-

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

nenter Prinzipien (Selbstbezug) oder aber eine Anpassung an neue Ansprüche (Fremdbezug) dominiere, nennt Torka den Responsivitätstyp der *Hybridisierung*, der sich durch ein „*Oszillieren*“ (46) der Akteure zwischen externen und wissenschaftlichen Anforderungen auszeichne (Mehrfachbezüge).

Die an diese Heuristik anschließenden Fallstudien nehmen Akteur/innen in den Blick, die sich jenseits regulärer Forschung und Lehre – etwa als Gutachter oder als Angehörige von Hochschulleitungen – in Grenzbereichen zwischen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik bewegen. Insgesamt zeigt sich ein komplexes Verhältnis zwischen Wandel und Bewahrung, das sich für nicht wenige der Akteur/innen mit Widersprüchen verbindet, die im wissenschaftspolitischen Diskurs weitgehend ausgeblendet werden.

Silke Gülker geht in ihrem Beitrag zu institutionellen Evaluationen von dem Spannungsfeld zwischen den Responsivitätsmustern der Gutachter/innen und dem Anpassungsdruck durch die Anforderungen des Bewertungsverfahrens aus. Gerade für beteiligte Wissenschaftler/innen, die dem Rollenverständnis eines/r an inhaltlichen Kriterien orientierten Fachkolleg/in folgten, ergäben sich in den Bewertungsinteraktionen deutliche Ambivalenzen in Bezug auf die vorausgesetzten Qualitätsmaßstäbe. Gülker zeigt jedoch auch, dass sich die divergierenden Rollenverständnisse im Laufe des Bewertungsprozesses vereinheitlichten, indem letztlich alle Beteiligten als wissenschaftspolitische Akteur/innen handelten, um durch einen konsistenten Ergebnisbericht Verteilungsentscheidungen zu ermöglichen. Dieses Ergebnis lasse sich allerdings nicht im Sinne einer schlichten Anpassung resp. Neuausrichtung der Responsivitätsmuster interpretieren. Da die Gutachter/innen dazu tendierten, die abschließende Bewertung zugunsten einer Weiterförderung zu formulieren, blieben sie „zugleich Interessenvertreterinnen der Wissenschaft“ (94).

Tim Flink und Dagmar Simon verweisen in ihrem Beitrag zur Responsivität von Universitätsleitungen auf die Erwartung einer Profilbildung ebenfalls auf Grenzen einer Anpassung an wissenschaftspolitische Ziele. Gegen eine hierarchische Durchsetzung solcher Ziele zulasten der wissenschaftlichen Autonomie der Fakultäten sprächen nicht nur die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten, sondern gerade auch die stark differierenden Rollenverständnisse der befragten Präsidenten resp. Rektoren. Schon weil sich neben dem an NPM-Prinzipien orientierten Typ des „Machers“ ebenso „Traditionalisten“ sowie „Mitgestalter“ fänden, die entweder dem klassischen Rollenmodell des primus inter pares folgten oder bei ihren vorhandenen Veränderungsintentionen weiterhin die Eigenlogiken der Fachgemeinschaften respektierten, könne kaum von einer einheitlichen Managerialisierung der Hochschulen gesprochen werden.

Alexander Wentland und Andreas Knie zeichnen in ihrem Beitrag unterschiedliche Motivkonstellationen von Wissenschaftler/innen nach, die sich als

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

Grenzgänger zwischen akademischen und unternehmerischen Kontexten bewegen. Interessant ist hierbei nicht zuletzt der hybride Typ des „Wissensvalidierers", der Kollaborationen mit Unternehmen oder Ausgründungen als alternative „epistemische Schauplätze" (161) deute und insofern positiv mit seinen Erkenntnisinteressen verbinden könne. Während Wissenschaft und Wirtschaft hier weniger in Konkurrenz zueinander gesehen werden, ergibt sich insgesamt allerdings ein spannungsreicheres Bild. Gerade der Typ des „Grenzmanagers", der solche Kooperationen eher notgedrungen eingehe und fortwährend in Sorge um eine Vereinnahmung der Wissenschaft und ihrer Prinzipien sei, lässt innere Ambivalenzen deutlich werden, die in wettbewerbsorientierten Diskursen zumeist unberücksichtigt bleiben.

Spannungsverhältnisse zwischen eigenen wissenschaftlichen Orientierungen und neuen Anforderungen zeigen sich auch in dem letzten empirischen Beitrag von Hildegard Matthies. Dieser befasst sich mit der Frage, wie Wissenschaftler/innen mit ihren Karriere- und Selbstkonzeptionen auf die verschärfte Konkurrenz um aussichtsreiche Stellen und Sichtbarkeit sowie den Bedeutungsgewinn quantifizierender Leistungsbewertungen antworten. Während sich die übrigen Autor/innen bei ihrer Typenbildung an rollentheoretischen Konzepten orientieren, geht Matthies stärker von den qua Herkunftsmilieu vermittelten habituellen Dispositionen der wissenschaftlichen Akteur/innen aus. Folgt man ihren Ergebnissen, können sich vor allem Angehörige aufstiegsorientierter Milieus die neuen Leistungsanforderungen im Sinne einer reflexiven Karrierestrategie aneignen, ohne hierbei krisenhafte Widersprüche zu ihren Bezügen auf die wissenschaftliche Tätigkeit wahrzunehmen. Anders sei die Situation hingegen für Akteur/innen, die dem bildungsbürgerlich geprägten Ziel einer *Karriere durch Selbstentfaltung* folgten und output-orientierte Leistungsbewertungen als Widerspruch zu ihrem stark intrinsisch bestimmten Bezug auf die wissenschaftliche Tätigkeit wahrnähmen. Da sich am ehesten bei ihnen – „den Erben und Erbinnen der etablierten Bildungsbürger und Intellektuellen" (207) – ein möglicher Abschied von der Wissenschaft andeute, stelle sich auch die Frage nach einem allmählichen und zu Lasten des klassischen Mertonschen Ethos gehenden „Wandel der Wissenschaftskultur" (ebd.).

Die Beiträge des Sammelbandes zeigen zweifellos subtile Abgrenzungsprozesse und Konflikte auf, die etwa bei einem Fokus auf die messbare Performanz wissenschaftlicher Akteur/innen vernachlässigt werden. Die Fallanalysen verdeutlichen zudem, dass sich Diagnosen einer Erosion der Grenzen oder der Eigenlogik der Wissenschaft selbst dann nur partiell bestätigen, wenn es explizit um Akteur/innen geht, die die klassischen Handlungsfelder der universitären Lehre und Grundlagenforschung dauerhaft oder temporär verlassen. Kaldewey merkt in seiner abschließenden Bilanzierung allerdings an, dass die Beiträge

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

durch ihre Orientierung am Paradigma der institutionalistischen Wissenschaftssoziologie mögliche *inhaltlich* bestimmte Folgen einer Responsivität auf externe Anforderungen kaum in den Blick nähmen. Insofern plädiert er für eine wissenssoziologische Erweiterung der Perspektive, um unter dem Begriff der Responsivität zukünftig auch Aspekte wie die Anpassung von Forschungsprogrammen oder „Bedingungen und Möglichkeiten der Generierung neuen Wissens" (225) zu betrachten.

Die 2016 erschienene Fallstudie „*Mit Molekülen spielen. Wissenschaftskulturen der Nanotechnologie zwischen Politik und Medien*" von Christian Kehrt schließt an die Thematik der Responsivität an, auch wenn nicht explizit Bezug auf dieses Begriffskonzept genommen wird.

Die Nanowissenschaften werden seit den 1990er-Jahren in der Öffentlichkeit mit einer zentralen Zukunftstechnologie gleichgesetzt. Gerade aus diesem Grund dienen sie hier als Fallbeispiel, um die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Erwartungshorizonten und wissenschaftlicher Praxis und Selbstpositionierung zu rekonstruieren. Kehrt folgt dabei einem „multifokalen Ansatz" (24), indem er neben der forschungspolitischen und diskursiven Ebene auch die konkreten „Akteure, Kontexte und Praktiken der Nanoforschung auf der Mikroebene" (23) einbezieht und hierfür den Wissenschaftsstandort München wählt, da die nanowissenschaftliche Forschung dort mit dem Center für Nanoscience (CeNS) respektive dem Exzellenzcluster Nanosystems Initiative Munich (NIM) in besonderer Weise verankert wurde. Zur Datenbasis der Fallstudie zählen insofern auch Laborbesuche und 30 Experteninterviews, die Kehrt zwischen 2006 und 2009 mit Wissenschaftlern aus diesen Nanonetzwerken führte.

Ein zentrales Ziel seiner Fallstudie besteht darin, wirkungsmächtige Deutungen zu hinterfragen, nach denen die Nanotechnologie für zukunftsträchtige Innovationen wie auch für einen neuen Typ von Wissensproduktion steht, der sich durch Transdisziplinarität und eine starke Anwendungs- und Problemlösungsorientierung auszeichne (vgl. Nowotny et al., 2004). Kehrt, selbst Professor für Wissenschafts- und Technikgeschichte, geht dabei nicht zuletzt von einer historisierenden Perspektive aus, um aus einer Distanz gegenüber dem „Nanohype" (30) gerade auch *Kontinuitäten* in den Wissenschaftskulturen und der Forschungspraxis nachzuzeichnen. Seine Darstellung der Ergebnisse ist in starkem Maße von der Prämisse bestimmt, dass sich die Nanowissenschaften als *strategic science* verstehen lassen.

So betont Kehrt gleich zu Beginn, dass die Entwicklung der Münchner Nanotechnologie nicht unabhängig von dem engen Konnex zwischen den forschungspolitischen Ambitionen, neue Schlüsseltechnologien intensiv zu fördern, und der Situation der Grundlagenforschung in der Physik Anfang der 1990er-Jahre betrachtet werden könne. Durch den Rückbau längerfristiger Forschungsprogram-

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

me in Industrieunternehmen und den Ressourcenmangel an den Universitäten sei es für Angehörige dieser Disziplin strategisch wichtig gewesen, bereits bestehende Forschungstraditionen aus der Halbleiterphysik bzw. Mikroelektronik als innovative Nanotechnologie zu rahmen. Kehrt geht hier auch auf die aktive Beteiligung der Wissenschaftler/innen am öffentlich-medialen Diskurs ein: So sei von ihnen schon früh das Ziel verfolgt worden, ein positives Bild von den Chancen der Nanotechnologie zu vermitteln und auf die im Zuge der Gentechnologiedebatte noch gewachsene Erwartung an Transparenz zu reagieren.

Mit Blick auf die tatsächliche Forschung und die dort verfolgten Ziele arbeitet Kehrt jedoch vor allem die *Differenz* gegenüber der öffentlichen Betonung von Innovation und Anwendungsorientierung heraus. Ausgehend von bibliometrischen Analysen, aber auch den Selbstaussagen der interviewten Wissenschaftler/innen und den Experimentalkulturen, kommt er zu dem Schluss, dass es im Kern *weiterhin* darum gehe, „frei mit Molekülen zu spielen und neue Erkenntnisse zu produzieren“ (89). Dabei bezieht Kehrt Veränderungen in den Forschungskontexten durchaus mit ein, zu denen für ihn vor allem die in den Münchner Nanonetzwerken beobachtbare Öffnung der Halbleiterphysik gegenüber den Lebenswissenschaften gehört. Wesentlicher ist für ihn aber die Kontinuität, die sich hinsichtlich der Grundlagenorientierung der Wissenschaftler/innen zeige. Um dies zu erkennen, sei es notwendig, analytisch zwischen Wissenschaft und Technik zu unterscheiden und die technischen Versuchsanordnungen in den Nanolaboren nicht mit einer inhaltlichen Ausrichtung an technologischen Lösungen und Innovationen gleichzusetzen. In Anlehnung an Hans-Jörg Rheinbergers Perspektive auf Experimentalsysteme (vgl. Rheinberger, 2006) zeige sich dann, dass die „im Labor technisch hergestellten und manipulierten Nanoobjekte [als] epistemische Dinge“ (144) zu betrachten seien, „die im bastelnd spielerischen Experimentieren erprobt und untersucht werden, um Antworten auf neue wissenschaftliche Fragen zu geben“ (ebd.).

Kehrt setzt sich in seiner Fallstudie nicht nur kritisch mit forschungspolitischen Zuschreibungen an die Nanotechnologie auseinander, sondern auch mit wissenschafts- und techniksoziologischen Diagnosen, die von einer zunehmenden Finalisierung der Wissenschaft ausgehen. Dabei neigt er allerdings dazu, seine Fallstudie im Gegenzug zu sehr an der These auszurichten, dass die Nanowissenschaft nicht zuletzt auf einer von den Wissenschaftler/innen strategisch betriebenen Reformulierung bestehender Forschungsfelder und -praktiken der Halbleiterphysik basiere. Dieser Eindruck wird durch das verhältnismäßig große Gewicht verstärkt, das Kehrt einer detaillierten Beschreibung der dort verankerten Forschungstraditionen und Techniken einräumt. Hinzu kommt ein selektiver Umgang mit den Experteninterviews. Obwohl Kehrt auch Nachwuchswissenschaftler/innen befragt hat, zitiert er vor allem jene älteren Wissenschaftler/

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

innen, die die Entwicklung der Münchner Nanonetzwerke mitgeprägt haben und sowohl die inhaltlichen Kontinuitäten als auch die strategische Anpassung an forschungspolitische Interessen Anfang der 1990er-Jahre bestätigen. Alternative Deutungen von Akteur/innen bleiben damit weitgehend unberücksichtigt. Zu denken wäre hier etwa an eine mögliche intrinsisch bestimmte Orientierung jüngerer Nanowissenschaftler/innen, durch die die Prämisse der *strategic science* zumindest etwas relativiert werden könnte.

Wie eingangs erwähnt, werden die Reformprozesse an den Universitäten auch mit dem Ziel größerer Chancengleichheit verbunden. In dem 2013 erschienenen und von Kristina Binner, Bettina Kubicek, Anja Rozwandowicz und Lena Weber herausgegebenen Sammelband „*Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung*“ werden die Hochschulreformen entsprechend unter dem Blickwinkel einer möglichen institutionellen Verankerung von Gleichstellungspolitiken und verbesserter Karrierechancen für Frauen betrachtet.

Die Herausgeberinnen betonen in ihrer Einleitung, dabei weder kritiklos der hochschulpolitischen Semantik noch einer Evaluationslogik zu folgen. Vielmehr soll die Perspektive der Geschlechterforschung in den Beiträgen mit den kritischen Diskursen einer zunehmenden Ökonomisierung und Effizienzorientierung der Hochschulen verbunden werden. Das Ziel des Sammelbandes bestehe darin, „das Spannungsfeld zwischen *Aufbrechen* alter Strukturen, Mechanismen oder von Prozessen und dem nach wie vor immer wieder festzustellenden *Beharren* von ungleichen Geschlechterordnungen, Strukturen und Arrangements“ (10) in den Blick zu nehmen. Die Autorinnen gehen dabei etwa von hochschulpolitischen Diskursen, den Deutungen verschiedener Akteursgruppen, aber auch der Mikroebene des Arbeitshandelns aus.

Bereits in den unter dem ersten Themenkomplex „Organisation, Evaluation, Professionalisierung“ versammelten Beiträgen spiegelt sich das erwähnte Spannungsfeld verschiedentlich wider. So zeigen etwa Birgit Riegraf und Lena Weber anhand zweier Fallbeispiele, wie entscheidend die jeweils an den Universitäten etablierten Deutungen von Exzellenz für die tatsächliche organisationale Verankerung von Gleichstellungsmaßnahmen sein können. Werde „unter Exzellenz primär das Protegieren und Fördern von einzelnen exzellenten Persönlichkeiten im Sinne der traditionellen Rekrutierungspraxis verstanden“ (81), so blieben „die androzentrisch geprägten Praxen der Profession weiter wirksam“ (ebd). Der Einfluss von Deutungen universitärer Akteur/innen ist auch Thema des Beitrags von Heike Kahlert. Sie zeichnet anhand von Interviews mit Hochschullehrenden nach, dass die Vereinbarung von Familie und Karriere weiterhin vor allem als eine weibliche Aufgabe gedeutet wird und auch bei sog. Gatekeepern der Nachwuchsförderung traditionellere Rollenverständnisse wirkungsmächtig blieben. Ambiva-

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

lent wird zudem der überproportional hohe Anteil von Frauen im Hochschul- und Wissenschaftsmanagement gesehen, den Birgit Blättel-Mink, Alexandra Rau und Kendra Briken in ihrem Beitrag betrachten. Es könne sich bei solchen Stellen zwar um „eine individuell interessante Perspektive“ (100) handeln. In struktureller Hinsicht zeige sich aber, dass Frauen vor allem mittlere, wissenschaftsfernere Positionen innehätten. Ihre Entscheidung für solche Tätigkeiten lasse sich zudem als Antwort auf die prekarisierten und entgrenzten Karriere- und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft verstehen, durch die die Plan- und Vereinbarkeit von Arbeit und Familie zu einer großen Hürde werde.

Die Frage nach geschlechtsspezifischen Folgen der Wettbewerbs- und Flexibilitätsnormen im wissenschaftlichen Feld wird in dem daran anschließenden Themenkomplex „Arbeit, Karriere, Lebensführung“ weitergeführt. So zeigen etwa Brigitte Aulenbacher, Kristina Binner und Bettina Kubicek anhand von Interviews mit österreichischen Assistenzprofessoren und -professorinnen deutliche Unterschiede in den *Grenzmanagements* zwischen Arbeit und Privatleben resp. Familie auf. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen würden die Professorinnen die räumliche und zeitliche Flexibilität ihrer beruflichen Tätigkeit weniger im Sinne persönlicher Freiräume nutzen, da sie weiterhin die Hauptverantwortung für die familiären Aufgaben übernähmen. Ruth Müller geht hingegen stärker von dem Bedeutungszuwachs männlich konnotierter Attribute und Kompetenzen für eine erfolgreiche Karriere aus. So verdeutlicht sie anhand der Lebenswissenschaften, dass durch die Anforderung, eine möglichst große Zahl *individueller* Leistungen und Publikationen nachweisen zu müssen, weiblich konnotierte Formen der Care-Arbeit wie die Betreuung des Nachwuchses im Labor, aber auch die Bereitschaft zu kollegialer Zusammenarbeit zunehmend als Wettbewerbsnachteile entwertet würden. Im Gegenzug seien Frauen in besonderer Weise dazu herausgefordert, sich an die hegemonialen „Wertestrukturen“ (134) anzupassen, um in der symbolischen Ordnung nicht selbst mit den wenig karriereförderlichen Attributen von Teamorientierung oder Fürsorglichkeit identifiziert zu werden.

In dem abschließenden Themenabschnitt zu „Geschlechterwissen, Geschlechterforschung“ geht es um die Frage, inwieweit unter den Bedingungen von Wettbewerbsorientierung und „Bologna-Reform“ an den Universitäten Räume für die institutionalisierte oder auch informelle Verankerung von Genderperspektiven vorhanden sind. Allerdings entsteht hier der Eindruck einer etwas zufälligen Zusammenführung empirischer und eher programmatisch gehaltener Beiträge. Als gemeinsamer Tenor lässt sich dennoch festhalten, dass die Vermittlung von Genderwissen auf vielfältigen Wegen in die universitäre Lehre einfließen und dabei auch, wie Waltraud Ernst in ihrem Beitrag hervorhebt, natur- und technikwissenschaftliche Lehr- und Forschungskulturen ‚erreichen‘ sollte. Aline Oloff, Anja Rozwandowicz und Sabine Hark weisen in diesem Kontext jedoch

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

ebenso auf die ambivalente Position der noch relativ neuen Gender Studies-Studiengänge hin, die unter besonderen Ressourcen- und Legitimationsdruck gerieten, wenn sich an Universitäten unternehmerische Prinzipien durchsetzten.

Der Sammelband vermittelt sowohl die komplexen Voraussetzungen, als auch die ungleichheitsreproduzierenden Aspekte, die bei der Umsetzung bzw. Verhinderung größerer Chancengleichheit an Hochschulen eine Rolle spielen. Die empirischen Beiträge offenbaren dabei nicht zuletzt die Relevanz von Deutungen und Zuschreibungen innerhalb des wissenschaftlichen Feldes und schließen insofern an Arbeiten von Sandra Beaufaÿs (2003) an, in denen sie aus einer Bourdieuschen Perspektive verdeutlicht, wie über die geteilten Vorstellungen und Konstruktionen von ‚guten' Wissenschaftler/innen (Selbst-)Selektionsprozesse entstehen, von denen Frauen in größerem Maße betroffen sind.

Die hier vorgestellten empirischen Studien tragen dazu bei, Diagnosen einer umfänglichen Neuausrichtung der Universitäten resp. der Wissenschaft an ökonomischen Prinzipien hinsichtlich ihrer Reichweite kritisch zu hinterfragen. Indem der Fokus auf die deutende und praktische Aneignung durch verschiedene Akteursgruppen gerichtet wird, zeigen sich gerade auch Grenzen einer ‚einfachen' Übertragbarkeit von Handlungs- und Orientierungsmustern, die dem Modell des NPM entsprechen. Diese Grenzen sind etwa in eigensinnigen Logiken lokaler Macht- und Akteurskonstellationen oder in individuellen resp. innerdisziplinär geteilten Rollenverständnissen begründet.

Zugleich verweisen die Ergebnisse darauf, dass Wissenschaftler/innen im Zuge der Reformprozesse häufiger mit konfligierenden Handlungsanforderungen und Bewertungsmaßstäben konfrontiert werden. Gerade in dieser Hinsicht sind die Studien anschlussfähig an Arbeiten aus dem angelsächsischen Raum, die dort bereits zu den ambivalenten Folgen der universitären Governance für die akademische Identität (vgl. Henkel, 2005; vgl. Clegg, 2008) oder zu dem teils subtilen Widerstand von Wissenschaftler/innen im Umgang mit Formen der managerialen Steuerung (vgl. Anderson, 2008) vorliegen. Darüber hinaus sind die hiesigen Studien auch im Kontext der stärker akteurs- bzw. subjektorientierten Forschung zu weiteren Bereichen des öffentlichen Sektors zu sehen, auf die Prinzipien des NPM übertragen wurden und in denen sich die Beschäftigten ebenso in einem Spannungsfeld zwischen der Bewahrung berufsethischer Prinzipien und einem durch Effizienz- und Rechenschaftsnormen erzeugten Anpassungsdruck bewegen (vgl. Flecker et al., 2014).

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43

Literatur

Anderson, G. Mapping Academic Resistance in the Managerial University. *Organization* **2008**, *2*, 251–270.

Beaufaÿs, S. *Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft*; transcript: Bielefeld, 2003.

Clegg, S. Academic identities under threat? *British Educational Research Journal* **2008**, *3*, 329–345.

Flecker, J.; Schultheis, F.; Vogel, B., Hrsg. *Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten*; edition sigma: Berlin, 2014.

Henkel, M. Academic identity and autonomy in a changing policy environment. *Higher Education* **2005**, *1*, 155–176.

Meier, F. *Die Universität als Akteur. Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation*; VS: Wiesbaden, 2009.

Münch, R. *Akademischer Kapitalismus. Zur Politischen Ökonomie der Hochschulreform*; Suhrkamp: Berlin, 2011.

Nowotny, H.; Scott, P.; Gibbons, M., Hrsg. *Wissenschaft neu denken: Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewissheit*; Velbrück Wissenschaft: Weilerswist, 2004.

Rheinberger, H.-J. *Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas*; Suhrkamp: Frankfurt/Main, 2006.

Schimank, U. (unter Mitarbeit von Meier, F.) *Neue Steuerungsinstrumente an den Hochschulen;* Abschlussbericht für das Bundesministerium für Bildung und Forschung; Hagen, 2002.

Waldenfels, B. *Grenzen der Normalisierung: Studien zur Phänomenologie des Fremden 2*; Suhrkamp: Frankfurt/Main, 1998.

Weingart, P. *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*; Velbrück Wissenschaft: Weilerswist, 2001.

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS
Angemeldet
Heruntergeladen am | 11.04.17 13:43